

Reinhold Vetter

Der Preis des Wandels

Geschichte des europäischen
Ostens seit 1989

Reinhold Vetter
Der Preis des Wandels

Schriftenreihe Band 10479

Reinhold Vetter

Der Preis des Wandels

Geschichte des europäischen
Ostens seit 1989

Reinhold Vetter, geboren 1964, studierte Journalistik und Politikwissenschaften. Er war jahrzehntelang als Korrespondent für die ARD, dann für das *Handelsblatt* in Warschau und Budapest tätig. Derzeit lebt und arbeitet er als freier Publizist in Warschau und Brüssel.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2019

Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2019

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Umschlagfoto: © REUTERS / Stoyan Nenov.

Protest gegen Armut und Korruption in Sofia / Bulgarien, 31. Juli 2013

Lektorat: Stephan Lahrem

Satz: wunderlichundweigand, Stefan Weigand

Herstellung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-7425-0479-1

www.bpb.de

Inhalt

Einleitung – Das epochale Jahr 1989 9

Weichenstellungen – Veränderte Rahmenbedingungen 15

Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und die deutsche
Vereinigung 19

Auflösungsprozesse 30

Die Sowjetunion bricht auseinander 30

Der Zerfall Jugoslawiens 35

Tschechen und Slowaken trennen sich 52

Neue Koordinatensysteme für die Politik 58

Die Attraktivität von Nato und Europäischer
Gemeinschaft 58

Die Schattenseiten der Globalisierung:
Finanz- und Flüchtlingskrise 63

Transformationsprozesse – Länderstudien 73

Nach erfolgreichem Umbruch auf autoritären Abwegen:
Polen 74

Erdrutschsieg 75

Schocktherapie 77

Die Verfassung von 1997 80

Zersplitterte Parteienlandschaft 82

- Wenig Vertrauen in die Politiker 85
- Radikalkur mit Folgen 88
- Die autoritäre Wende 91
- Beschädigte Erfolgsgeschichte 95

Der Staat als Vehikel unternehmerischer Interessen: Tschechische Republik 100

- Die samtene Revolution 101
- Demokratie und Marktwirtschaft in den Anfängen 103
- Gefahren für die liberale Verfassung 105
- Unmut über die traditionellen Parteien 108
- Religionsfernes Land 112
- Wirtschaftlicher Spitzenreiter im Osten 114
- Distanziertes Mitglied der Gemeinschaft 116

Mafiosi im Vorzimmer des Ministerpräsidenten: Slowakei 122

- Rechte Politik von links 124
- Mafiöse Netzwerke in der Politik 128
- Katholische Offensive 131
- Wirtschaftlich erfolgreich trotz aller Unkenrufe 136
- Haltung zur EU: Pragmatisch bis skeptisch 139

Vom demokratischen Aufbruch zum »illiberalen System«: Ungarn 143

- Transformation von oben 143
- Nach 20 Jahren: Eine reaktionäre Verfassung 146
- Ein übermächtiger Fidesz 149
- Zwischen Genie und Melancholie 153
- Marktwirtschaft statt »Gulaschkommunismus« 157
- Schaukelpolitik zwischen Brüssel und Moskau 161

Der postjugoslawische Musterschüler: Slowenien 167

- Viel gelobte Verfassung 168
- Politik aus der Mitte heraus 170
- Katholische Dominanz 176
- Flourierende Wirtschaft 181
- Außenpolitisch integriert 183

Demokratie mit nationalistischen Untertönen: Kroatien 187

- Ein mächtiger Nationalist 188
- Neuanfang 191
- Zwei bestimmende Parteien 195
- Verbreiteter Nationalismus bei Katholiken 199
- Nachhaltig geschwächt 204
- Schwierige Normalisierung 206

Exkurs – Im Wartesaal der EU:

Der westliche Balkan 210

Das kommunistische Erbe der Sozialdemokraten:

Rumänien 219

- Erste Demokratisierungsschritte 221
- Im Dickicht von Macht und Korruption 225
- Verfassungsinhalte hier, Verfassungsrealität dort 234
- Ausgrenzung der Roma 238
- Große Armut trotz wirtschaftlicher Erfolge 242
- EU-Mitgliedschaft zweiter Klasse 244

Oligarchen trotzen der Verfassung: Bulgarien 247

- Kurzlebige Regierungen 249
- Ein Monarch als wenig erfolgreicher Regierungschef 253
- Widersprüchliches zu den Minderheiten 259
- Politikverdrossenheit 262
- Armenhaus Europas 265
- Mal Richtung Westen, mal gen Osten 267

EU-Mitglieder im Schatten Russlands:

Litauen, Lettland, Estland 270

Befreiung aus sowjetischer Vorherrschaft 271

Volatile Parteienlandschaft 275

Demokratisch-parlamentarische Republiken 278

Russen und Polen 285

Opfer und Täter 288

Wirtschaftliche Erfolge mit sozialen Schattenseiten 291

Schutz vor Russland 295

Schlussbetrachtung – So manche Hoffnung

von 1989 blieb unerfüllt 301

Sonderfall DDR 302

Bemerkenswert friedlich 306

Ambivalente Bilanz 39

Projekt der Eliten 316

Anmerkungen 320

Leseempfehlungen 329

Karte 332

Personenregister 334

Einleitung – Das epochale Jahr 1989

6. Februar: In Warschau treffen sich Abgesandte der kommunistischen Macht und führende Köpfe der demokratischen Opposition zum ersten Mal zu den berühmten Beratungen am Runden Tisch. In den folgenden zwei Monaten einigen sie sich auf tief greifende Reformen, die Polen den Weg in eine demokratisch-parlamentarische und marktwirtschaftliche Zukunft eröffnen. Nach der Parlamentswahl im Juni desselben Jahres wird die erste nachkommunistische Regierung gebildet.

19. August: In der Nähe der österreichischen Grenze findet auf ungarischem Boden ein paneuropäisches Picknick statt. Mit Genehmigung der Behörden wird der Eiserne Vorhang für einige Stunden geöffnet. Einige Hundert DDR-Bürger nutzen dies zur Flucht in den Westen. Schon seit mehreren Monaten treffen sich auch in Ungarn Vertreter der kommunistischen Staatspartei MSZMP und der Opposition an einem Runden Tisch. Ihre Beratungen münden in eine Modifizierung der Verfassung, wodurch allgemeine, gleiche und geheime Wahlen ermöglicht werden. Nach der Parlamentswahl im März und April 1990 entsteht die erste nachkommunistische Regierung unter Führung des Konservativen József Antall als Ministerpräsident.

23. August: Am 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Stalin-Hitler-Pakts bilden mehr als eine Million Menschen eine 600 Kilometer lange Kette, die von Vilnius bis Tallinn reicht. Die Demonstration ist der bis dahin spektakulärste Protest gegen die völkerrechtswidrige Annexion der drei baltischen Republiken durch die Sowjetunion. Litauen und Lettland erklären 1990 ihre Unabhängigkeit, Estland folgt 1991.

9. November: Nach 28 Jahren fällt die Berliner Mauer, Symbol der Trennung Deutschlands, aber auch des geteilten Europas. In der Folge strömen Millionen von DDR-Bürgern nach Westberlin und in die

Bundesrepublik. Von der Maueröffnung bis zum Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 vergehen ganze elf Monate.

25. Dezember: Der rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu und seine Frau Elena werden von einem Militärgericht zum Tode verurteilt und gleich danach erschossen.

29. Dezember: In Prag wählt die Nationalversammlung den Schriftsteller und Bürgerrechtler Václav Havel zum Nachfolger des zurückgetretenen kommunistischen Staatspräsidenten Gustáv Husák. In der Tschechoslowakei war die kommunistische Staatspartei KPČ unter dem Druck anhaltender Massendemonstrationen und Streiks im November/Dezember zusammengebrochen und hatte in der am 10. Dezember gebildeten neuen Regierung keine Mehrheit mehr.

Sechs Daten, sechs Ereignisse, die die historische Zäsur des Jahres 1989 verdeutlichen. Sie leiten den Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt in Ostmittel- und Südosteuropa ein und lassen erkennen, dass eine Rückkehr zum Alten kaum mehr möglich sein würde. Selbstverständlich hatten auch diese Ereignisse wie alles eine Vorgeschichte, doch der Zerfall der kommunistischen Machtsphäre erfolgte so überraschend, so vollständig, so friedlich und so rasant, dass der englische Historiker Timothy Garton Ash damals vom »Jahr der Wunder« sprach.

Die Ereignisse des Jahres 1989 und die folgende Entwicklung im östlichen Europa setzten bei den Menschen dort gewaltige Hoffnungen und Erwartungen frei. Nun, so war man sich einig, sollten Freiheit und Demokratie die kommunistische Diktatur ablösen, würde man bald in einer parlamentarischen Republik mit Gewaltenteilung und einem für alle verbindlichen Rechtsstaat leben. Die Hoffnungen richteten sich auch auf eine liberale Marktwirtschaft bzw. ein ökonomisches System mit gemischten Eigentumsformen statt der sozialistischen Kommandowirtschaft. Der Wunsch nach Wohlstand und einer Warenwelt wie im Westen war gewaltig. Man wollte wieder eine freie Presse lesen, statt sich durch zensierte Parteizeitungen langweilen zu lassen, und auch alle jene Länder in Europa und auf der ganzen

Welt in Augenschein nehmen, derer Besuch vorher verwehrt war. Die Menschen sehnten sich nach einem allseits beachteten Frieden, der das jahrzehntelang herrschende System des Kalten Krieges ablösen würde, das echten Fortschritt behindert hatte. Kurzum: 1989 blühte der Traum auf von einem freiheitlichen, grenzenlosen, völkerverbindenden Europa. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler und Politikberater Francis Fukuyama verstieg sich gar euphorisch dazu, das »Ende der Geschichte« zu verkünden, was allerdings schon damals eine unrealistische Annahme war.¹

Eigentlich sollte 2019 im östlichen Europa (und nicht nur dort) ein Jahr der großen Feiern werden: 30 Jahre Überwindung der kommunistischen Regime in Europa, 20 Jahre Nato-Osterweiterung, 15 Jahre große Osterweiterung der Europäischen Union. Doch für Feierlichkeiten gab und gibt es relativ wenig Anlass. Die Euphorie ist längst verfliegen, Ernüchterung und Enttäuschung haben sich breitgemacht. Politikverdrossenheit ist vielfach an die Stelle des politischen Gestaltungswillens getreten, Nationalismus blüht in Ost und auch in West, neue Grenzzäune werden in Europa errichtet, alte Grenzkontrollen wiederbelebt, die soziale Ungleichheit ist keineswegs verschwunden; der kapitalistische und liberale Westen ist für viele Menschen in Ostmittel- und Südosteuropa nicht mehr besonders attraktiv, die Europäische Union noch weniger.

Dabei sind die negativen Entwicklungen vor allem in Polen, Ungarn und Rumänien, wo autoritäre Systeme wachsen, die Justiz politisch instrumentalisiert sowie der Kultur und der Geschichtsbetrachtung eine nationalistische Zwangsjacke verpasst wird, nur ein Element der Krise, in die Europa und speziell die Europäische Union geraten sind. Besonders 2018 erwies sich als Jahr zunehmender Unordnung auf dem Kontinent. Die zentrifugalen Kräfte waren überall spürbar, auch wenn es dem Europäischen Rat in Ausnahmefällen gelang, einstimmig Beschlüsse zu fassen. Rechte und linke, populistische wie nationalistische EU-Gegner betrieben im Inneren der Gemeinschaft deren Zerstörung, und nach außen hin hatte es die EU mit einem erratischen Präsidenten in Washington und einem dementsprechend

orientierungslosen Amerika zu tun. Das zentralistische China erschien zunehmend selbstbewusster auf der internationalen Bühne, ein im Inneren reformunfähiges Russland betätigte sich international als Unruhestifter. Europa droht zum Schauplatz eines neuen atomaren Wettrennens zu werden, nachdem die USA und Russland erklärten, sich nicht mehr an den INF-Abrüstungsvertrag gebunden zu fühlen. Mit Großbritannien trat erstmals ein Land den Rückzug aus der EU an. Der Wille zu einem stärker integrierten Europa war nur noch in einigen Ländern zu spüren, in den übrigen dominierte eine pragmatische oder gar nationalistisch-destruktive Haltung zur EU.

Besonders gefährlich dabei war und ist, dass die Erosion der Rechtsstaatlichkeit und die Geringschätzung der Menschenrechte zunehmen. Die vielfach beschworenen Werte der Europäischen Union erweisen sich mehr und mehr als Fiktion, auch wenn sich die europäischen juristischen Instanzen dem entgegenstemmen und dabei in einzelnen Fällen sogar Erfolg haben.

Die negativen Phänomene in den östlichen und südöstlichen Mitgliedstaaten haben natürlich Einfluss auf den Westen der EU und die gesamte Gemeinschaft. So war Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán zunehmend bemüht, sich als gesamteuropäischer Vorkämpfer gegen jedwede Migration sowie für antiliberale Staatsformen zu profilieren und von bestimmten Parteien in der EU auch als solcher feiern zu lassen. Neue Bündnisse deuteten sich an. Die österreichische FPÖ und die italienische Lega kündigten eine Kooperation im europäischen Wahlkampf an. AfD-Chef Meuthen sprach von einer möglichen gemeinsamen Fraktion der AfD, Lega und anderer gleichgesinnter Parteien im künftigen Europäischen Parlament. Seine Partei votierte sogar für den italienischen Innenminister der Lega, Matteo Salvini, als künftigen Präsidenten der EU-Kommission. Dieser wiederum reiste nach Polen, um sich mit Jarosław Kaczyński abzusprechen. Die Aggressivität in der politischen Auseinandersetzung in ganz Europa nahm zu.

Was ist in den vergangenen drei Jahrzehnten im östlichen Europa geschehen, dass es zu solch einer Abkühlung der einstigen Ideale und zu einer Distanzierung vom Traum Europa gekommen ist?

Die Motive und Gründe sind vielfältig in den einzelnen östlichen Staaten und Gesellschaften, wenngleich es auch Gemeinsamkeiten gibt. Um ihnen nachzuspüren, sollen in diesem Buch die Transformations- und nachfolgenden Reformprozesse in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas nachgezeichnet und untersucht werden, die ehemals kommunistisch regiert heute in die europäische Staatengemeinschaft der EU integriert sind: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie die ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien. Die Transformationsprozesse in den ostdeutschen Bundesländern (dem Gebiet der einstigen DDR) werden nicht eigens untersucht, weil sie sich innerhalb eines anderen Staates vollzogen; gleichwohl werden sie später zum Vergleich herangezogen. Doch zunächst gilt es, die nach 1989 neu entstandenen Rahmenbedingungen zu beleuchten, die für die jeweiligen Transformationsprozesse von großer Bedeutung waren.

Weichenstellungen – Veränderte Rahmenbedingungen

Mit dem Umbruch von 1989 hat sich Europa so stark gewandelt wie in keinem anderen Jahr seit 1945. Ebenso wenig wie der Erste Weltkrieg aus historischer Sicht nur als »Urkatastrophe« des 20. Jahrhunderts begriffen werden kann, sondern auch als Folge vorangegangener politischer und gesellschaftlicher Veränderungen, so geraten retrospektiv noch einmal jene Entwicklungen in den Blick, die dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums vorausgingen, sie allererst ermöglichten.

Ein Bündel von inneren und äußeren Faktoren spielte dabei eine Rolle. So begann beispielsweise die friedliche Demontage des Kommunismus in Polen mindestens zehn Jahre zuvor mit einem innergesellschaftlichen Wandel. Die tiefe Krise der sozialistischen Wirtschaft hatte die Entstehung der gewerkschaftlichen Massenbewegung *Solidarność* befördert. Durch die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 verlor das kommunistische Regime einen Großteil seiner Legitimation, aber die Opposition unter Führung der *Solidarność* war zu diesem Zeitpunkt noch nicht reif zur Übernahme der politischen Macht. Und noch bestand auch der Ostblock mit seinen Machtstrukturen.

Zur Vorgeschichte des Jahres 1989 gehörten auch der Besuch von Papst Johannes Paul II. im Juni 1987 in Polen, der im Land ein neues Gemeinschaftsgefühl erzeugte und auf die ganze Region ausstrahlte, sowie das mutige Eintreten der Dissidenten für Menschen- und Bürgerrechte. Der freiheitliche Aufbruch 1989 im Osten Europas ist von

der Charta 77 in der Tschechoslowakei, dem polnischen Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), den Bürgerrechtsgruppen in der DDR, den Menschenrechtsaktivisten in Moskau und den aufmüpfigen Bürgern im rumänischen Timișoara (Temeswar) nicht zu trennen. Ihnen kamen zweifellos die Reformströmungen innerhalb der regierenden kommunistischen Parteien entgegen.

Ohne den Wandel in der Sowjetunion hätte der Umbruch des Jahres 1989 in Ostmitteleuropa und der DDR so kaum stattgefunden. Per »Perestrojka« und »Glasnost« veränderten Michail Gorbatschow und Gleichgesinnte in den späten 1980er-Jahren ihr Land unwiderruflich, auch wenn sie dabei an einen Fortbestand der Sowjetunion glaubten, was sich bald als Illusion herausstellen sollte.

Dieser Kurswechsel in der UdSSR verschaffte den reformbereiten Kräften in den kommunistischen Parteien des Ostblocks mehr Freiraum, eigene Wege zu gehen und zusammen mit der Opposition nach Auswegen aus der tiefen politischen und ökonomischen Krise ihrer Länder zu suchen. Längst war die ökonomische Ineffizienz der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaften offenkundig geworden, die immer weniger in der Lage waren, die materiellen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, und so den Unmut über die Parteiherrschaft anheizten. Bei einer Konferenz der Staaten des Warschauer Pakts im Juli 1989 in Bukarest rief Gorbatschow zu grundlegenden Reformprozessen überall im Osten Europas auf.

Auch die zunehmende Annäherung zwischen den Weltmächten USA und Sowjetunion ab 1985 förderte den Wandel in Ostmitteleuropa, beginnend mit dem Treffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow am 19. November 1985 in Genf. Zwei Jahre später unterzeichneten beide Politiker den INF-Vertrag vom 8. Dezember 1987, mit dem sich die USA und die Sowjetunion zur Vernichtung ihrer Mittelstreckenraketen innerhalb von drei Jahren verpflichteten. Im Rahmen eines Besuchs in Moskau hielt Reagan am 31. Mai 1988 eine Rede vor Studenten der Lomonossow-Universität, in der er die freiheitlichen Errungenschaften der Vereinigten Staaten pries, aber ebenso seine Hochachtung vor Gorbatschows Bemühen

zur Erweiterung der Freiheitsrechte in der Sowjetunion zum Ausdruck brachte. Der Ost-West-Konflikt hörte in den späten 1980er-Jahren auf, die dominierende Achse der internationalen Politik zu sein. Ein verstärkter Austausch zwischen Ost und West fand keineswegs nur auf politischer, sondern infolge von Globalisierung, digitaler Revolution und kultureller internationaler Vernetzung auch auf ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Ebene statt.

Das bewegende Jahr 1989 symbolisiert nicht nur das Ende der Ära des realen Sozialismus, sondern auch den Beginn eines grundlegenden Systemwandels, für den es keine Blaupause gab. Was prägende Gestalten wie Lech Wałęsa, Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek, Václav Havel, Jiří Dienstbier, József Antall, Vytautas Landsbergis, Lenart Meri und andere in Angriff nahmen, wurde nicht selten als Revolution bezeichnet. Was sie gegenüber anderen revolutionären Ereignissen im 20. Jahrhundert (etwa 1917 in Russland, 1958/59 auf Kuba oder 1979 im Iran) auszeichnete, war, dass der radikale Bruch mit den kommunistischen Regimes im Osten Europas 1989 weitgehend friedlich vollzogen wurde – nicht in jedem Fall, wie etwa in Bezug auf Bulgarien und Rumänien später noch zu zeigen sein wird. In Polen, der Tschechoslowakei und der DDR waren es große Massendemonstrationen und Streiks, also der Druck der weitgehend unorganisierten Massen, die wesentlich zum Kollabieren des Systems beitrugen.

Historiker und Politikwissenschaftler sprechen weniger von Revolution, sondern verwenden in Bezug auf Ostmittel- und Südosteuropa vor allem Transformation als Oberbegriff für alle Formen, zeitlichen Abläufe und konkrete Aspekte von Regime- bzw. Systemwechseln.² Deswegen wird er in diesem Buch dem aus dem Englischen stammenden Begriff Transition vorgezogen, der enger zu verstehen ist und sich hauptsächlich auf die Demokratisierung politischer Systeme bezieht. Im Folgenden geht es aber nicht um eine Auseinandersetzung mit vorhandenen Transformationstheorien, sondern um das Aufzeigen wesentlicher innerer und äußerer Faktoren, die bei dem Wandel im östlichen Europa in den vergangenen drei Jahrzehnten eine Rolle gespielt haben bzw. bis heute spielen. Dazu gehören

- die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und die deutsche Vereinigung, deren Gelingen die anderen Transformationsprozesse beeinflusste;
- die Auflösung bisher maßgeblicher politischer Einheiten: das Auseinanderbrechen der Sowjetunion, der Zerfall Jugoslawiens und die Teilung der Tschechoslowakei;
- die von West und Ost gewollte Neuorientierung der östlichen Staaten an bestehenden westlichen Bündnissen wie der Europäischen Gemeinschaft (heute EU) und der Nato;
- Einflüsse der Globalisierung, die nach der Überwindung der Systemgrenzen auch vor Osteuropa nicht Halt machten, hier speziell die globale Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 und die Flüchtlingskrise seit 2015.